

## Sozialpolitische Bilanz 2003

Beitrag von Dr. Ulrich Schneider für die Zeitschrift Sozialwirtschaft aktuell Ausgabe 1/2004

Das Rentenniveau soll abgeschmolzen werden, die Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft, in den Arztpraxen wird dafür abkassiert und die Bundesanstalt für Arbeit soll Bundesagentur heißen. So oder so ähnlich dürfte bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern das sozialpolitische Fazit für 2003 aussehen, das sich aus dem Knäuel von Hartz I bis Hartz IV, von SGB II über SGB V bis SGB XII herausschält, und: je tiefer die Einschnitte, um so höher anscheinend die Einnahmen bei Medien- und Imageberatern.

Abgespeckt von allen fachpolitischen Details, entkleidet von aller euphemistischer Rhetorik, medienwirksamen Inszenierungen und Dramatik suggerierenden Nachsitzen in Vermittlungsausschüssen bleiben vor allem Zuzahlungen und Leistungskürzungen – die klassischen und wenig originellen Instrumente zur Konsolidierung von Sozialtats mithin. Alles beim Alten, mag man da denken.

Und doch: Sowohl im Streit um diese Agenda 2010 als auch in ihren Ergebnissen und Nicht-Ergebnissen sind bei näherer Betrachtung eine Reihe von Novitäten zu finden, darunter durchaus auch neue politische Qualitäten.

Neu und bisher einzigartig dürfte bereits die Tiefe des Einschnittes sein, der insbesondere mit dem so genannten Hartz-IV-Gesetz, der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld II also, vorgenommen wird. Noch nie wurden in der bundesrepublikanischen Geschichte mit einer einzigen Gesetzesänderung gleich über eine Million Menschen auf eine sozialstaatliche Leistung gedrückt, die nicht höher ist als die Sozialhilfe - und damit in die Armut abgedrängt. Denn dass die Sozialhilfe heute noch deutlich weniger Kaufkraft hat als Anfang der 90er Jahre, als ihre Bemessung letztmalig nach halbwegs objektiven Kriterien vorgenommen wurde, wird selbst von den Machern dieser Gesetze kaum bestritten werden. Sozialhilfe ist nicht mehr bedarfsdeckend, und Hartz IV hat die Grundlagen geschaffen für eine rasante Vergrößerung der Armutspopulation in Deutschland.

Von durchaus neuer Qualität kann in gewisser Weise auch die Rigorosität angesehen werden, in der mit dem selben Gesetz Schutzrechte von Hilfebedürftigen eingerissen und die Betroffenen in ein gänzlich freies, da von sozialstaatlichen Rahmenbeschränkungen "befreites" Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt entlassen werden. Nichts anderes stellt die Abschaffung jeder Zumutbarkeitsregelungen für Langzeitarbeitslose dar, verbunden mit der Möglichkeiten, jegliche finanzielle Unterstützung bis hin zur Hilfe für die Wohnkosten zu streichen, wenn ein Arbeitsloser nicht spurt und unter allen Bedingungen alles an Arbeitsgelegenheiten annimmt. Eine neue Qualität bundesrepublikanischer Sozialstaatlichkeit entsteht, da soziale Marktwirtschaft als Leitgröße wirtschaftspolitischen, arbeitsmarktpolitischen, tarifpolitischen und des unternehmerischen Handelns offensichtlich nur noch für Arbeitnehmer und Kurzarbeitslose gilt: Für den Rest bleibt künftig im wesentlichen der nackte Markt.

Machtpolitisch durchaus beeindruckend war 2003 mit zu verfolgen, wie es ausge-

rechnet einer sozialdemokratischen Regierung gelang, parlamentarische Mehrheiten für eine solche Politik zu organisieren. In geradezu erschreckendem Gegensatz dazu stand die handwerkliche Qualität des Regierungshandelns jenseits des machtpolitischen Tuns: Ideen, wie man an des Bürgers Geld kommen könnte, wurden wie in einem ausgelassenen Kreativworkshop geboren und in die öffentliche Diskussion entlassen, in guten Zeiten gleich mehrere an einem Tag. Selbst dem Stammpublikum ging zwischenzeitlich der Überblick darüber verloren, wie es denn nun um Pendlerpauschale, Eigenheimzulage oder Tabaksteuer steht. Dass ein solches Wirrwarr den Eindruck des Sprunghaften und Konzeptionslosen erweckt, was dem Investitions- und Konsumklima kaum förderlich sein dürfte, bedarf kaum der Erwähnung.

Da wird im Juli zwischen den großen Parteien mit viel Pathos ein Konsens für eine "tiefgreifende" Gesundheitsreform verabredet – und noch bevor diese in Gesetzesform gegossen ist, wird eine Diskussion um Bürgerversicherung und Kopfpauschale los getreten, die die aktuelle Reform wie eine Art warming up aussehen lässt: Was dem einen sein Rürup ist dem andern sein Herzog.

Hektisch werden im Sommer Gesetze gestrickt, um des Kanzlers Agenda 2010 bundestagstauglich zu machen. Auf Anhörung von Experten und den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen muss leider Verzichtet werden. Doch nicht nur das: Was schließlich im August an Arbeitsmarktgesetzen und als Reform der Sozialhilfe eingebracht wird, lässt die schlimme Vermutung wachsen, dass man offensichtlich auch auf den Dialog zwischen den zuständigen Ministerien und Bundestagsausschüssen verzichtet hat. Kaum etwas passt zueinander, vieles passt aber vor allem nicht zur Praxis sozialer Dienstleistungen für arbeitslose Menschen. Nur mit Mühe gelang es, in vielen Gesprächen und Diskussionen die schlimmsten infrastrukturellen Kollateralschäden zu verhindern.

Der vorläufige Höhepunkt schließlich im Oktober. Da werden freitags noch Abgeordnete des Deutschen Bundestages unter den vom Publikum mittlerweile fast als obligatorisch empfundenen Rücktrittsdrohungen des Kanzlers zur namentlichen Abstimmung über Hausentscheidungen getrieben, die bereits am sich anschließenden Wochenende nach einer Koalitionsklausur vom selben Kanzler in Teilen gleich wieder für Makulatur erklärt werden.

Nur der Vermittlungsausschuss selbst konnte derartiges noch toppen: Sicher kommt Hartz IV, aber erstens erst 2005 und zweitens sollen die Kommunen doch selber entscheiden, ob sie oder die Bundesagentur für Arbeit zuständig sein wollen oder nicht. Dass ein solcher Hängekompromiss tatsächlich bis 2005 halten soll, wagen nach den Erfahrungen in 2003 selbst Gutwillige zu bezweifeln. Dass darüber hinaus jedoch im Zuge der Verhandlungen gleich eine Milliarde verschwindet und wieder auftaucht— immerhin ein Drittel der Summe, die bei der Arbeitslosenhilfe eingespart wird, scheint dagegen kaum noch jemanden aufzuregen.

Die sozialpolitische Bilanz 2003? Verschieben wir sie auf 2004.